



€UROLAND

Der Atem der Geschichte

Cornelia von Soisses & Franz von Soisses



Verlosungen, Leseproben, News und mehr?

Jetzt Social Media Kanäle abonnieren!

--- *LESEPROBE* ---

Euroland

Der Atem der Geschichte

Cornelia von Soisses &
Franz von Soisses

Soisses!

Soisses Verlag © 2014

Autor: Franz von Soisses

Lektorat: Cornelia von Soisses

www.soisses.com

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt.

Alle Rechte, auch die der Übersetzung, des Nachdruckes und der Vervielfältigung des Werkes, oder Teilen daraus, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form (Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren), auch nicht für Zwecke der Unterrichtsgestaltung, reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Intro

Ausgabe 6 von Euroland, der chronologischen Serie über Europa und den Euro. Was einst begann mit **Euroland - ein Märchenland ist abgebrannt** wird hier konsequent fortgesetzt. Was als These aufgestellt wurde, wird genau der Beweisführung unterworfen. Die Autoren bleiben Analytiker, sie üben keine pauschale Kritik und erstellen keine Prognosen, die hernach zu bereuen wären. Die Chronologie der Entwicklung bestätigt Band für Band die ausgebrachte Analyse.

Das Buch nimmt die Ambivalenz von Politik und Ökonomie auf, ohne Partei zu ergreifen. Die Serie reift mit dem Verlauf der Krise und der Konflikte. Geschichte treffend beschrieben, so ist die Serie ein zeitloses Dokument Europas.

Der Titel wird der dokumentierten Entwicklung gerecht, es lohnt sich, die Lesezeichen zu setzen.

Euroland in Serie

Euroland – ein Märchenland ist abgebrannt

Euroland – Dämmerung im Märchenland

Euroland – Der Deutschen Weg

Euroland – Der Patient

Euroland – Europas Wahl

Euroland – Der Atem der Geschichte

Eine Zeitreise durch die Geschichte, ohne zu polarisieren.

Was ihr wollt ...

Nicht Shakespeare, sondern Europa - in Eurokrise und Krimkonflikt. Russland hat Fakten geschaffen auf der Krim und alte Ängste belebt. Die der Balten und Polen, damit nicht genug, auch die der Deutschen, abhängig zu sein vom russischen Bären. Alte Erinnerungen wurden wach gerufen. Im Zweiten Weltkrieg standen sich auf der Krim 1 Mio. Soldaten - Deutsche, Italiener, Rumänen und Russen gegenüber. Der Ausgang des Zweiten Weltkrieges ist bekannt. Bis heute werden die Tataren misstrauisch beäugt, gar einst mit den Deutschen kollaboriert zu haben und heute islamisch zu sein.

So verläuft Geschichte, einst wie auch heute.

„Wir“ erklären die Finanzkrise zur Geschichte, obwohl deren Ursachen nicht behoben sind und keine Vorsorge getroffen ist für die Zukunft. Die weltweiten Schulden im Ergebnis der Finanzkrise betragen 100 Billionen Dollar (73 Billionen Euro), das ist nicht Geschichte, sondern die Gegenwart. Es besteht keine Idee, wie diese Summen jemals bezahlt werden können außer von den nachfolgenden Generationen. Im Übrigen sind es die Generationen, von denen Kanzlerin Merkel (CDU) meinte: „Wir müssen an die künftigen Generationen denken.“

„Danke, Frau Merkel“, halt es aus der Zukunft zurück, „es wäre denn besser gewesen, Sie hätten nicht an uns gedacht.“ Da klopft Russland an die Tür Europas und meldet sich zurück in der Geschichte - mit Macht. Als wir noch mitten in der Finanz-, Schulden- und Eurokrise beten: „Herr, mach, dass es nicht noch schlimmer kommt!“ Und siehe da, es kommt noch schlimmer.

Wir haben keine wirkliche Waffe in der Hand, aber die Abhängigkeit vom russischen Gas, das nicht allein, da gäbe es noch den Rohstoff Seltene Erden aus China. Nicht auch das

noch, Russland und China in einem Satz. Es gibt noch kein Europa und Deutschland gar allein gegen die Welt? Es braucht schon sehr viel Optimismus, hieraus kein Menetekel zu erkennen.

Deutschland will Europas Hegemon sein, gar diktieren, was andere Staaten zu tun oder zu lassen haben, aber Russland seinen alten Anspruch auf das Baltikum und Polen verweigern? Ein wirklicher Antagonismus. Die Wirtschaft kann es nicht in ihrer Abhängigkeit von den Rohstoffen dieser Welt und ihrer Unfähigkeit, ohne Subventionen des Staates überhaupt unternehmerisch tätig zu werden. Diese Eliten und Leistungsträger, die Kanzlerin Merkel so sehr fördern will, laufen auf Krücken.

Die Politiker können es auch nicht, sie haben ja erst diese Abhängigkeiten von Russland und China geschaffen. Es reichte ein Blick auf Syrien dieser Tage, das als nicht mehr zu retten angesehen wird nach dem Jubel über die arabische Revolution. Dort hat der Westen, nicht Deutschland, destabilisiert, um Diktaturen zu beseitigen. Das Ergebnis ist zwiespältig, die Diktaturen sind weg, der Westen nicht mehr zuständig, das Neue gehört den Völkern dort überlassen.

Blicken die Balten dorthin, erhalten sie einen Einblick über das Wesen des Westens. Das ist der Ausblick auf ein Machtvakuum, wie es im Osten Europas gerade entsteht und Russland genau an dieser Stelle eingreift, um die Macht zu übernehmen. Der Punkt für Europa und damit für den Euro ist, wie viel Macht oder Ohnmacht besitzt Europa? Das lässt den Euro zu Papier werden, jederzeit ersetzbar durch ein anderes Papier, gleich, was da aufgedruckt wird. Es reichte aus, Geld darauf zu schreiben.

Die Herrschaft darüber haben die Banken, nicht die Politik und damit nicht die Demokratie, sondern die Oligarchen. Die Demokraten ergeben sich hilf- wie machtlos. Oder, um einen weiteren Altkanzler der Deutschen zu bemühen - Helmut Schmidt (SPD): „Wer Visionen hat, braucht einen Psychiater.“

Europa hat keine Vision, sondern ist eine Fiktion.

So kann Europa nichts werden, nicht zum Staat und nichts sonst. Es kann in den eigenen Völkern keine Glaubhaftigkeit gewinnen, heute nicht und nicht morgen. Dafür hätte es die Eurokrise nicht gebraucht, ein Ergebnis falscher Politik. Eine Politik, die Banken für systemrelevant erklärte und damit schuldfrei gesprochen hat von dem Desaster, welches Banken und die Gier angerichtet haben. Der politische Entwurf war, seit Altkanzler Konrad Adenauer (CDU), ein Europa für alle zu schaffen. Dieser Entwurf ist nun „60 Jahre und kein bisschen weise, aus dem Leben nichts gelernt“ (Curd Jürgens). Es gibt nicht nur keine Vision, es gibt auch kein Ziel.

Die Geschichte wird einst berichten, der Euro hat alles zerstört. So einfach ist es nicht, Geschichte hört nicht einfach auf, auch die Geschichte Europas nicht. Sie wird ständig fortgeschrieben, sie ist ein dynamischer Prozess. Kein Imperium hat je überlebt, nicht das alte Römische Reich, nicht das 1000-jährige Reich deutscher Nation. Europa hat seine Chancen auch in der Zukunft, etwas für die Menschen zu werden. Nur braucht es dafür nicht den Euro und nicht die Oligarchen des Geldes, sondern unabänderlich Demokratie zuerst. Auch das ist ein wunder Punkt Europas: Welche der verschiedenen Demokratieentwürfe dürften es denn sein - für alle? Darauf zuerst muss sich Europa verständigen, auch mit dem Willen, diese dann gefundene Demokratie für alle Beteiligten zu verteidigen.

Noch aber ist Europa nicht so weit, es ist gerade erst dabei, einen neuen gemeinsamen Feind zu finden, der sich mit Russland gerade anbietet. Oder es müsste Russland aufnehmen in seinen Kreis, statt es auszugrenzen. Unser Problem ist auch, dass wir nicht sagen können, „Euroland ist mein Land“, denn das ist es nach seiner inneren Verfassung nicht.

Auch das ist ein unglaublicher Vorteil Russlands, von dem die Russen sprechen als „Mütterchen Russland“, gleich, was auch immer ihnen in ihrer Geschichte darin widerfahren ist. Es ist ihre Heimat. Etwas, was der Euro nicht bieten kann. Europa kann eine Heimat der Nationen werden, dafür aber

braucht es den Euro nicht. Es braucht dafür seine Völker und Menschen, die von sich sagen können: „Wir sind Europäer.“ Soweit ist die Geschichte noch nicht und kann auch nicht getrieben werden. Geschichte ist ein Prozess der Entwicklung, zuweilen von sehr langer Zeit.

Der Euro gehört als Fehlgeburt zu dieser Geschichte dazu, von ihm aber hängt die Zukunft nicht ab. Nur weil Ideologen glauben, dass der Euro eine kluge Idee sei, die man den Menschen nur verkaufen müsste. Historisch betrachtet ist der Euro nur Geld, wie andere Währungen vor ihm bereits auch. Die Deutschen müssten es eigentlich wissen. Es hatte einst die Rentenmark, die Reichsmark, die DM und für die Ostdeutschen die Mark der Deutschen Notenbank (MDN). Gemeinsam ist diesen, dass sie in nur einhundert Jahren alle in den Orkus der Geschichte eingegangen sind. Und mit diesen auch das Kaiserreich Wilhelm II., die Weimarer Republik, das III. Reich, die DDR.

Der Euro, 2002 eingeführt, gelangte 2007 in seine Krise, dessen Geschichte ist noch nicht zu Ende.

Sezession

Das Referendum auf der Krim ist gelaufen, Russland hat die Krim als souveränen Staat anerkannt. Die EU nicht, sie hält die Volksabstimmung für völkerrechtswidrig. Warum? Was ist auf der Krim anders als in Schottland oder Katalonien, denen ein Referendum noch bevorsteht? Die Krim wird wirtschaftlich zu keinem Zeitpunkt eigenständig sein können. Nur hat das weder die NATO noch Europa in den Balkanstaaten interessiert, als sich Jugoslawien auflöste, sich Staaten wie Kosovo, Albanien, Serbien und Montenegro bildeten. Was also ist so viel anders auf der Krim? Die Bevölkerung der Krim hatte die Wahl zwischen Europa und Russland, abhängig davon, was diese heute ihnen bieten können. Vor dem Hintergrund, was genau bietet Europa der Ukraine, außer genau nichts?

Russlands Präsident Putin hat sich genommen, was er wollte, Europa hat zugesehen, die NATO hat eingesehen, dass sie keine Macht im Osten hat. Noch während die Politik Europas mit einem Handelskrieg droht, verkaufen deutsche Konzerne wie RWE die Ölförderung an ein russisches Konsortium und BASF ist mitten im Geschäft der South Stream Pipeline. Die deutschen Banken sind mit 17 Milliarden Euro in Russland im Geschäft, die europäischen Banken mit 194 Milliarden Euro. Wie glaubwürdig kann da die Politik mit einem Handelskrieg drohen? Oder welche glaubhaften Versprechen kann sie nach Osten geben, gleich, ob es um Estland, Lettland, Litauen oder Polen geht? Was ist mit Deutschland?

Kein Land ist historisch gesehen „näher“ an Russland. Sei es vormals Preußen gewesen, dessen Ursprung - die Prussen - im heutigen Polen und im Baltikum liegen, von denen die russische Zarin Katharina die Große entstammte. Preußen waren auch die Alliierten der Russen, als es gegen Napoleon ging - die Völkerschlacht Leipzig 1812 und Waterloo 1815.

Preußen finanzierte Lenin und die russische Oktoberrevolution 1917.

Auf der Krim, Jalta 1943, wurde die Nachkriegsordnung Europas vereinbart und in Potsdam 1945 schließlich mit der Teilung Deutschlands besiegelt, der Staat Preußen für nicht mehr existent erklärt. Verlieren wir uns nicht in Kleinigkeiten. Die US-Armee stand bereits in Torgau bei Leipzig und übergab mit Potsdam 1945 Thüringen, Sachsen-Anhalt und Teile Sachsens den Russen. Mit Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg allein hätte es sicher keine DDR geben können. 1961 schauten die Alliierten dem Mauerbau zu. Berlin war bereits geteilt, als die Amerikaner die Luftbrücke zu Westberlin einrichteten, um diesen Teil der Stadt gegen die Russen zu verteidigen. Der Beginn des Kalten Krieges.

Einen Moment noch - für die Randnotizen der Geschichte. Russland lieferte Öl nach Ostdeutschland, die Pipeline hieß „Druschba“, endete in Leuna (bei Halle) und in Schwedt, dort wo diese Pipeline auch im Jahr 2014 noch immer endet. Die Leunawerke verkaufte Altkanzler Helmut Kohl (CDU) an Elf Aquitaine (Frankreich) und legte gleich noch 11 Milliarden DM dazu. Die PCK Raffinerie Schwedt ging u.a. an die Shell AG (Großbritannien).

Sein Nachfolger Altkanzler Schröder (SPD) verbandelte die Wintershall AG der BASF mit der russischen Gazprom zum Bau der North Stream Pipeline durch die Ostsee - an Polen vorbei. Dem nicht genug, wechselte er vom Kanzleramt in den Aufsichtsrat der Gazprom. Und nun, Vorhang auf zum nächsten Akt der Geschichte - die Ukraine und die Krim. Welche Position hat Deutschland und was kann Deutschland überhaupt tun? Darf es eigene Interessen haben? Wer in Europa könnte die deutschen Energiebedürfnisse ersetzen, die derzeit Russland bedient? Und nicht zu vergessen, ohne sich in kapitalistischer Manier an der Situation ungebührlich zu bereichern?

Norwegen könnte das, zumindest teilweise. Aber hier lauert eine Randnotiz der Geschichte. Da liegt ein Stromkabel

von Norwegen nach Deutschland, das keinen Anschluss an das deutsche Energienetz hat. Denn Norwegen hat Pumpspeicherkraftwerke - Stichwort Ökostrom. Warum sollte Norwegen Öl und Gas nach Deutschland liefern ohne die Gegenforderung, dass das Unterseekabel endlich an das deutsche Stromnetz angeschlossen würde? Politisch ist alles möglich, man erklärt heute das eine und morgen das Gegenteil, falls die Wirtschaft da mitspielen würde. Jene in Vertretung von RWE, BASF oder der Autoindustrie, den deutschen Wirtschaftsinteressen in Russland, die Norwegen nicht ersetzen kann.

Ganz so einfach ist es nicht, einen Handelskrieg in Szene zu setzen, denn am langen Ende wirkt immer die Geschichte. Hierin ist Russland kein Neuankömmling. Zu den klassischen Säulen der Macht gehören Militär, Energie, Kommunikation, Medien und Ernährung. Auf diesen Säulen basieren Krieg und Frieden. Wirtschaft gibt es im Krieg wie ebenso im Frieden. Militär fällt als Option aus, gleich ob Deutschland oder Europa. Europa hat bereits Probleme, seine beschlossene Mission in Afrika überhaupt zu erfüllen, die NATO fällt aus.

Energie fällt für einen Handelskrieg aus, für Deutschland, es fehlt an anderen Versorgungslinien für Gas und Öl. Auf Kommunikation kann niemand setzen, gleich, ob Mobilfunk oder Internet, beides sind keine deutschen Technologien. Deutschland baut keine Handys und keine Computer, ohne amerikanische Chips funktionierte in Deutschland nicht einmal das Internet. Blieben noch Fernsehen und Zeitungen, die ebenso mehr und mehr über das Internet kommunizieren. Wenigstens die Ernährung klappt, auch ohne Feta und Oliven, aber auch nur so lange, wie Kartoffeln und Schnitzel bezahlbar blieben. Mit einem Wort, Krieg ist keine Option, nicht einmal ein Handelskrieg, mangels Macht und Möglichkeit. Blicke noch Kapital, auch Geld genannt. Das bisschen von 194 Milliarden Euro an Risiken bei den europäischen Banken kann nicht wirklich beeindrucken. In der Finanzkrise wurde allein Griechenland mit 230 Milliarden Euro gerettet, mehr die Banken, nicht so sehr die Griechen. Bei 9 Billionen Euro

Staatsschulden in Euroland können die 194 Milliarden Euro der Banken im russischen Geschäft nicht einmal eine Drohkulisse bilden.

Kommt man über den Hund, kommt man auch über den Schwanz. Diese Peanuts werden im Ablauf der Eurokrise gleich mit vergraben. Umgekehrt kann auch Russland nicht verbrannte Erde spielen. Das funktionierte noch zu Napoleons Zeiten und gegen Hitler. Auch Russland muss heute auf seine Wirtschaft, eher auf seine Oligarchen achten, sprich die Kosten eines Handelskrieges. Die Krim und die Ukraine kann Russland aus der Portokasse subventionieren, solange die Handelswege funktionieren. Der Rohstoffexport Russlands finanziert seine politischen Machtinteressen. In diesem labilen Gleichgewicht begegnen sich Europa und Russland. Das rückt Deutschland in den Mittelpunkt - nicht Europa.

Wie jede andere Nation Europas hat auch Deutschland seine nationalen Interessen. Wie alle anderen nationalen Interessen sind diese mit einem Europa nicht kompatibel. Einmal mehr, ein vereintes Europa wird es nicht geben, Sonntagsreden der Politik hin oder her. So viel Macht besteht in Europa nicht. Der Euro ist nur eine Währung in Europa, aber er kann keinen Staat begründen. Bei den bestehenden Handelsungleichgewichten kann er auch keinen Staat begründen, was seine politische Idee gewesen ist. Der Euro besteht kraft politischen Willens und nicht wegen einer ökonomischen Notwendigkeit. Was wäre geworden, wenn Europa der Ukraine den Euro als Währung angeboten hätte? Nur 11 Milliarden Euro braucht die Ukraine, um den Staatsbankrott abzuwenden. Warum also hat Euroland nicht zugegriffen, als es die Chance dazu hatte, zum Schnäppchenpreis?

Zugriff

Auf dem EU-Gipfel, dem letzten vor der Europawahl, haben die 28 Mitgliedsländer den Austausch von Steuerdaten vereinbart, die faktische Auflösung des Bankgeheimnisses. Für Steuerhinterzieher wird es eng in Europa. Es brauchte erst die Finanzkrise, damit der Staat seinen Teil von den Reichen einfordert, den diese ihm ohnehin schulden. Wenige sind das nicht, z.Zt. gehen monatlich etwa 1000 Selbstanzeigen bei den Finanzämtern ein. Wer nach dem Urteil gegen Uli Hoeneß noch erwischt wird, lebt mit der Angst vor einer Gefängnisstrafe nebst existenziellem Totalschaden. Das dürfte die Motivation deutlich beflügeln, lieber dem Staat zu geben, was des Staates ist.

Not macht erfinderisch, das geht den Menschen wie den Staaten. Der vermittels der Finanzkrise gebeutelte Staat erweist sich als erfinderisch. Für einen Staat, wenn man ihn denn europäisch denkt, ist eine gemeinsame Finanzpolitik von grundlegender Bedeutung. Dazu gehörte jedoch auch eine Steuerharmonisierung - und nicht ein Wettlauf um den billigsten Steuerstandort. Von einer Steuerharmonisierung ist Europa noch weit entfernt. Der Auslöser für den Schritt des Steuerdatenaustausches ist nicht der europäische Gedanke, sondern die nackte Not der nationalen Haushalte. Die ließe sich mit einer Finanztransaktionssteuer effektiv lindern, daran geht die Politik jedoch nicht. Nicht europaweit und nicht einmal im Euroraum. Die nationalen Interessen liegen denn doch zu weit auseinander.

Einfacher ist es, die Bürger steuerlich heranzuziehen. Nach wie vor lassen sich durch Steuertourismus Steuern ganz legal sparen, sofern der Bürger die EU-Freizügigkeit nutzt und sein Wohnsitz zusammen mit seinem Vermögen verlagert. Auf dem gleichen EU-Gipfel haben sich die Regierungen auf eine Ausweitung der Sanktionen gegen Russland geeinigt. Die EU friert die Konten von etwa 32 russischen und ukrainischen Oligarchen ein eingehend mit Visabeschränkungen. Die

EU erhofft sich davon, einen Keil zwischen Putin und die Oligarchen zu treiben, denn bekanntlich hört beim Geld die Freundschaft auf. Wie Putin darauf antworten wird, bleibt abzuwarten. Denkbar wären Enteignungen westlicher Konzerne oder illoyaler Oligarchen. Wie du mir so ich dir, wäre der einfach zu beschreibende gemeinsame Nenner, denn es geht hüben wie drüben ums Geld. Die Konfliktlinie ist die Ukraine, weniger die Krim. Der Westen will Putin daran hindern, sich nach der Krim gleich noch die ganze Ukraine einzuverleiben.

Die Krim hat Putin bereits und der Westen hat sie bereits abgeschrieben. Außer dem Gesichtsverlust für Putin, würde er die Krim wieder herausgeben, wäre der ökonomische Verlust ungleich höher, als dieser durch die EU-Sanktionen ist. Russland hat seine Kosten-Nutzen-Rechnung vorher angestellt und den Westen richtig eingeschätzt - für einen militärischen Schritt ist der Westen nicht in der Lage. Ein umfassender Wirtschaftskrieg würde dem fragilen Westen ebenso schaden wie umgekehrt Russland. Mit dem wesentlichen Unterschied, dass Gas und Öl sich auch nach einem Wirtschaftskrieg noch immer in Russland befinden werden.

Ein „Finanzkrieg“ erscheint nicht aussichtsreicher. Der Westen ist ob seiner Finanz- und Schuldenkrise geschwächt. So übt man sich darin, gegeneinander die Drohkulissen zu errichten. Man pokert ein bisschen, mangels anderer Möglichkeiten, um die Loyalität der Oligarchen zu ihrem Geld oder zu Mütterchen Russland. Ob die ihre liquiden Vermögen noch innerhalb der EU oder den USA haben, kann dahingestellt bleiben. Möglicherweise zucken sie nur mit den Achseln, da die Quelle ihrer Vermögen weiter sprudelt. Dann bleiben hier und da ein paar Milliarden Euro eingefroren, bis die Zeiten wieder friedlicher werden, verloren wäre mithin nichts. Sie alle wissen, dass Putin auch anders kann, man denke an den Fall Chodorkowski.

Das verbindet die beiden Beschlüsse des EU-Gipfels, die Angst der Reichen vor Gefängnishaft und Existenzverlust.

Gleich, ob EU oder Russland, es sind legitime Machtinstrumente des Staates. Zuweilen sind es die Untertöne, die das Geschehen bestimmen. Im Fall der Krim wies Putin den Westen darauf hin, dass ein Referendum zum Selbstbestimmungsrecht der Völker zählt. Referenden wie diese im Herbst 2014 in Schottland und Katalonien. Auch die Flamen streben nach Eigenständigkeit wie ebenso Venetien. Die EU wurde kleinlauter ob dieses Hinweises, was in den eigenen Reihen nicht verboten ist, kann man den Russen nicht verwehren. Die Krim hat der Westen abgeschrieben und Putin hat erhalten, was er sich nehmen wollte.

Geschichte verändert die Verhältnisse meist vor dramatischer Kulisse. Die Finanzkrise führte die Staaten an den Rand von Staatspleiten, in ihrer endlichen Not müssen sie zugreifen. Die Krimkrise verändert die Ostgrenze Europas. Vielleicht, das ist noch nicht ausgemacht, erhält Europa die Ukraine im Ausgleich für die Krim. Das aber ist vor der Europawahl. Gleich danach könnte Europa ein anderes werden, zerfallen durch nationalistische Tendenzen. Die Frage wird derzeit verdrängt, ob Europas Schulden jemals bezahlt werden. „Hoffentlich niemals“, so Finanzminister Schäuble (CDU) als Antwort auf diese Frage. Das ist der Wahrheit näher als alles, was sonstig in diesen Vorwahlzeiten geäußert wird.

Den Reichen und Superreichen wurde ein Glaubensbekenntnis genommen, „der Staat könne mit Geld nicht umgehen“, deshalb machten sie es selbst. Diese Überheblichkeit hat keine Zukunft mehr. Die durchaus erklecklichen Milliarden Euro Steuermehreinnahmen heilen das Recht, werden aber nicht ausreichen, die Staatsschulden zu tilgen. Auch dieses Glaubensbekenntnis ist desavouiert, der Staat würde je seine Schulden tilgen. Der Euro wird daran nicht zugrunde gehen, trotz des Geschreis der Ökonomen. Die Geschichte lehrt denn doch, dass Währungen zugrunde gingen, wenn der Staat selbst zugrunde ging. Würde Europa auseinanderbrechen, wäre es auch für den Euro vorbei. Es sei daran erinnert, dass die Wirtschaftsgemeinschaft EU auch

ohne Staat Europa Bestand hat. Es braucht für eine Wirtschaftsunion keinen gemeinsamen Staat.

Gerade Vielvölkerstaaten sind zerbrechliche Gebilde. Der Euro selbst kann keinen Staat begründen, macht aber auch keine Staatsgründung notwendig. Man kann auch „Fluftel“ auf die Geldscheine drucken, entscheidend allein ist, was man sich dafür würde kaufen können. Lenin irrte durchaus nicht mit seiner Aussage: „Revolutionen gehen durch den Magen.“ Auch so lässt sich Geld übersetzen: „Es ist eine Metapher für Nahrung.“ (Autor unbekannt). Nicht der Euro ist das Wohlstandsversprechen, sondern der Westen und sein Kapitalismus, „Armut überwinden“. Das ist die ursächliche Basis für Wirtschaftsunion und Euro, eine Gemeinschaft zu begründen.

Wenn dieses Versprechen seine Glaubwürdigkeit verliert, dann geht es zu Ende mit EU und Euro. So weit ist die Geschichte noch lange nicht. So schnell geht es dann doch nicht zu mit dem Verlauf, alle Dinge brauchen ihre Zeit zur Reife. Aber auch die Beteiligung der Bürger gehört dazu. Hier dürfen die Reichen nicht im Abseits bleiben, sondern müssen ihre aktiven Beiträge leisten. Und bitte, es besteht keine Schwierigkeit darin, aus 100 Millionen 110 Millionen Euro zu machen. Wirklich schwer ist es, aus 100 Euro 110 Euro zu machen, bei Weitem betrifft das die Mehrheit der Menschen in Europa.

Heimat Europa

Das ist eines der Probleme Europas, es ist keine Heimat. Die Heimat der Menschen ist Tirol, Kärnten, Bayern, die Bretagne, Posen, Böhmen usw. Grenzenlos umherzuziehen ist wie uferlos, gar ent wurzelt. Welche Heimat haben Sinti und Roma, die Frankreich liebend gern abschieben würde? Eine Nation bietet ein Zugehörigkeitsgefühl, eine gemeinsame Identität. Nur ist Europa keine Nation und wird in keinem Jahrhundert eine werden können. Wieder lässt der Krimkonflikt grüßen, innerhalb dessen Präsident Putin erklärt: „Wo Russen leben, soll Russland sein.“ Und er ruft damit Erinnerungen an die Geschichte Europas wach. Soll dort, wo Deutsche leben auch Deutschland sein?

Da gäbe es einige historische Landstriche, angefangen bei den Wolgadeutschen, weiter die Pommern und Sudetendeutschen, Siebenbürgen und Banat. Dergleichen Erinnerungen sind keine Einbahnstraße, der britische Guardian titelte im Jahr 2012 „Willkommen im 4. Reich“ - als Antwort auf die deutschen Spardiktate. Andere zitierten: „Was Hitler mit Panzern nicht schaffte, schafft Deutschland mit dem Euro.“ Kanzlerin Merkel (CDU): „Scheitert der Euro, scheitert Europa.“ Sie erinnert damit ihrerseits an die europäische Geschichte der Nationalstaaten und Kriege. Der Umkehrschluss ist trügerisch: „Schaffen wir die Nationalstaaten ab, schaffen wir eine Heimat Europa.“ Das ist nichts weniger als Geschwurbel.

Die Regionen Europas sind in seiner Geschichte teils willkürlich entstanden, teils durch Gewalt. Friedrich der Große, der meinte, „ein jeder soll nach seiner Facon glücklich werden“, ließ neben anderen die Flamen ins Land, die bis heute im Fläming (Brandenburg) siedeln, Deutsche wurden, aber in Teilen das Brauchtum der Flamen in Erinnerung halten. Jene Flamen, die in Belgien eine Trennung von den Wallonen ersehnen. Eine neuerliche Metapher der wirtschaftshörigen Politik ist „Flexibilität und Mobilität, die

Menschen mögen dorthin ziehen, wo die Jobs sind“. Ist solches vorstellbar, da die völkische Minderheit der Sorben, die in Brandenburg und Sachsen länger siedelt als es jemals dies Preußen taten?

Die Sorben sollten ihre angestammten Siedlungsgebiete verlassen, um wo genau in diesem Europa eine Heimat zu finden? Sollten die im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges vertriebenen Schlesier, Pommern oder Sudetendeutschen wieder ansässig werden in Polen oder Tschechien? Weder die Polen noch der Staat Polen würden eine derartige Zumutung akzeptieren. Eine derartige Revision der Geschichte für eine globalisierende Wirtschaft oder geschichtsvergessene Politiker ist schlechterdings nicht vorstellbar und ohne Chance, eine Realität zu werden.

Geschichte ist ein langwieriger Prozess. Als Napoleon vor 250 Jahren ins Rheinland einmarschierte und den Rheinbund als französisches Protektorat gründete, waren die dortigen Deutschen keinesfalls erbaut von den Segnungen der Französischen Revolution. Preußen war rückständig und Deutschland noch gar kein Staat. Über mehr als 100 Jahre hinweg folgten wechselseitige Kriege, 1870/71, 1914-1918, schließlich 1933 (1939/45). Die Deutschen und Franzosen wurden politisch zu Erzfeinden.

Gefolgt von der deutsch-französischen Freundschaft, seit Altkanzler Adenauer (CDU) zur Staatsräson erklärt. Nur war das nicht das einzige Ergebnis des Zweiten Weltkrieges. Der Staat Preußen wurde für aufgelöst erklärt, Deutschland gespalten für die nächsten 40 Jahre. Die Oder-Neiße-Grenze als völkerrechtsverbindlich gezogen, zuvor Schlesier und Pommern und Ostpreußen vertrieben. Im Zuge der Wiedervereinigung erkannte die Bundesrepublik die Oder-Neiße-Grenze völkerrechtlich verbindlich an.

Polen wurde EU-Mitglied und Euroland, nur nicht in der Erwartung, dass die vormals Vertriebenen in ihre Heimatregionen zurückkehren und das Ergebnis des Zweiten Weltkrieges korrigieren würden. Dergleichen Reminiszenzen

gibt ist in allen Regionen Europas. Ob nun in Italien Venetien und Sizilien nach Autonomie streben, vielleicht Südtirol den Anschluss an Österreich erwarten könnte, Flamen und Wallonen auseinanderstreben, die widerspenstigen Schotten eigenständig werden wollen - überall regen sich alte Erinnerungen an die Geschichte Europas.

Was hätte Europa bei einer Renationalisierung zu erwarten, falls mit der Wiederbelebung der nationalen Grenzen eventuell die Wirtschaftsunion und der Euro auseinanderfallen würden? Denn immer auch gehörten zu den Nationen auch ihre nationalen Währungen. Die Deutschen schwelgen in DM-Nostalgie, so wie die Griechen ihrer Drachme, die Italiener ihrer Lira nachtrauern - jenen Symbolen nationaler Eigenständigkeit. Einhergehend mit Nationalgefühl und -symbolen wären immer auch eigene Interessen. Genau in diese Wunde legt Russlands Putin seinen Finger - in die offene Wunde Europas.

Er sagt ja nicht etwas Falsches mit seinem Kommentar: „Wo Russen wohnen, soll Russland sein.“ Es ist offenherzig und weckt Erinnerungen daran, wie Krieg beginnen kann. Er ruft die Schatten der Vergangenheit hervor, denn zu nationaler Souveränität gehört immer auch eine nationale Armee, eine Remilitarisierung. Es ist die Angst, die Putin in die europäische Politik trägt. In eine europäische Politik, die vor den Wahlen zum Europaparlament steht mit der begründeten Erwartung, dass Populisten von rechts und links in Fraktionsstärke in das Parlament gewählt werden und die alten Mehrheiten nicht mehr bestehen werden, aber die Minderheiten Europas Stimm- und Rederechte haben werden. Europa wird sich verändern, nicht unbedingt selbstzerstörerisch die Wirtschaftsunion der Oligarchen auflösen. Die bisher ignorierten Minderheiten werden mitsprechen.

So wie die Hessen ihren Äpfelwoi als geschützte europäische Marke verbissen verteidigten gegen die Zumutung, dass es gewöhnlicher Apfelwein sei, werden die regionalen Minderheiten ihr Brauchtum bewahren wollen vor

europäischen Normierungsdiktaten. Frankreich hat seinen Camembert verbissen verteidigt, der in deutscher Produktion Weichkäse genannt wird. Gegen derartiges Klein-Klein der Wirtschaft sind regionale Minderheitenrechte geradezu ein Großthema von völkischer Bedeutung. Die Deutschen stellen gerademal 1% der Weltbevölkerung. Europäische Politiker bemühen in ihrer Angst vor einer Fragmentierung des europäischen Parlamentes die Metapher, dass die Europäer lernen müssten, nicht von Zwergen regiert zu werden. Interessant, warum sollten sich etwa 375 Millionen Europäer von einem Zwergvolk der Deutschen regieren lassen?

Politische Rhetorik ist keine Einbahnstraße, sie funktioniert mit den gleichen Argumenten immer auch in der entgegengesetzten Richtung. Deutschland kann nicht dort sein, wo Deutsche wohnen. Europa will weder deutsch sein, noch jemals deutsch werden. Als Deutschland noch der kranke Patient Europas war, hallte es: „Deutschland muss mediterraner werden.“ Ein Ansinnen, dem Deutschland nicht folgen wollte, lange vor der Finanz- und Eurokrise. Ein Teil des erwachten Regionenbewusstseins und nationaler Gefühle ist den deutschen Spardiktaten während der Finanz- und Eurokrise geschuldet, der deutschen Überheblichkeit, „am deutschen Wesen soll Europa genesen“.

Da war Europa noch mit sich selbst beschäftigt, Ukraine und Krim noch nicht auf der Tagesordnung. Dass der Kreml weiß, wie Politik geht und wie Europa tickt, wird zunehmend deutlich. Er trägt die Rhetorik europäischer Politiker über die neuen Grenzen zurück nach Europa.

Erwischt, mitten im Wahlkampf erweist sich die politische Elite Europas als ängstlich und sprachlos. Die Eliten können den Menschen eine Heimat Europa nicht glaubwürdig vermitteln. „In der Not ist das Hemd näher als der Rock“, sagt eine Volksweisheit. Dort, wo die Menschen zu Hause sind, ihre familiären Wurzeln seit Jahrzehnten haben, dort ist ihre Heimat. Das ist nicht immer wirklich so eindeutig, wie oben beschrieben. Seit ihrer Gründung hat die Bundesrepublik ihre schlesischen und Vertriebenen-Verbände nebst deren

politischen Einflüssen in den Parlamenten und ihren populistischen Revisionsansprüchen. Warum sollte es sich sonstig in Europa anders verhalten? Daran ist die Bundesrepublik nicht zugrunde gegangen. Warum also sollte Europa an den Ansprüchen seiner Minderheiten zugrunde gehen?

Nun, wenn der Staat dem Glück der Menschen dienen soll, und nicht umgekehrt, dann hat Europa etwas falsch gemacht, dann steht die europäische Idee auf tönernen Füßen. Was Europa gefährdet, sind die Reformen, die die Menschen nicht wollen und deshalb ihre Regierungen abwählen. Ein solcher demokratischer Prozess macht nicht halt bei den nationalen Parlamenten, sondern gilt auch für das Europaparlament. Die Heimat der Menschen ist nicht dort, wo eine nomadisierende Wirtschaft die Jobs hinträgt, nebst der Aufforderung an die Menschen, den Jobs zu folgen.

Heimat ist dort, wo die Menschen ihre Wurzeln haben. Unstete Lebensführung ist in der westlichen Welt ein moralischer Vorwurf, der nicht deshalb entkräftet wird, weil man die Menschen entwurzelt. Das Ergebnis von Heimat verlassen, ohne eine neue Heimat finden zu können, ist dann Heimatlosigkeit. Gerade die Deutschen werden sich noch erinnern an die Flüchtlingsströme der Vertriebenen, die von den Eingessenen als Heimatlose diffamiert wurden.

In einem Dialog zu Zeiten der Wiedervereinigung der Deutschen war zu lesen von Westdeutschen, die sich brüsteten, zu Zeiten der Mauer Pakete in den Osten geschickt zu haben. Die Ostdeutschen erwiderten darauf: „Wir dachten all die Jahrzehnte, dass ihr Kerzen in die Fenster gestellt habt in der Hoffnung, uns den Weg zu leuchten in den Westen.“ Ein Land, eine Sprache, keine Gemeinsamkeit. Wie viele Sprachen hat Europa, wie wenige Gemeinsamkeiten und wie viele Länder? Nicht einmal der Euro wirkt in den Ländern der Währungsunion gleich.

Noch einmal Putins Rhetorik: „Wo Russen wohnen, muss Russland sein.“ Wollte Europa darauf antworten, „wo

Europäer wohnen, muss Europa sein“, wäre das ein brandgefährlicher Moment der Geschichte. Lange bevor geklärt ist, wo Europa beginnt oder es überhaupt einen Staat Europa gibt. Wenn, dann wird ein Staat von unten gegründet, keinesfalls von oben, wie es bisher die Absicht der Politik gewesen ist.

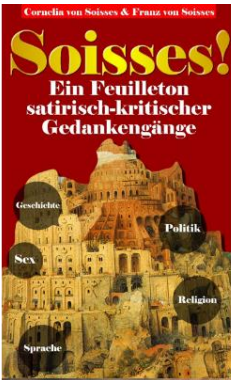
Ende der Leseprobe

Wie es weiter geht, erfahren Sie im Buch!

**Das Buch ist als eBook und gedruckte
Version auf Amazon.de erhältlich.**

[Hier klicken!](#)

Jetzt bestellen! ➔



Jetzt auf amazon.de bestellen!



Mehr Details: www.soisses.com



Danke fuer Dein Interesse! Wenn Dir die Leseprobe gefallen hat, habe ich als Autor eine kleine Bitte an Dich:

**Jetzt Freunde auf Facebook und Co. auf
das Buch aufmerksam machen :-)!**

